



Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

Wegdiskutieren können und wollen wir die Rezession in unserem Land nicht.

Die Rezession bringt Arbeitsplätze in Gefahr. Oberster Grundsatz muss in diesem Jahr deshalb lauten, Entlassungen zu vermeiden und Qualifikationen auszubauen. Damit der Brückenschlag am Arbeitsmarkt zum nächsten Aufschwung gelingt, wird die Kurzarbeit attraktiver ausgestaltet. Durch Förderung der Kombination von Kurzarbeit und Qualifizierung sollen Betriebe die Krise nutzen können, um ihre Beschäftigten mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit weiterzubilden – ein wichtiger Beitrag, um künftigen Fachkräftemangel zu vermeiden.

Alle Maßnahmen sind so angelegt, dass unser Land gute Chancen hat, die Krise zu meistern und gestärkt in eine neue Aufschwungphase zu treten. Gerade jetzt zeigt sich: Ohne die strikte Politik der letzten Jahre zur Konsolidierung der Staatsfinanzen hätte unser Land bei weitem nicht die nun zur Krisenbewältigung notwendigen Handlungsspielräume. Ziel bleibt es, so schnell wie möglich wieder an die erfolgreiche Politik der Schuldenbegrenzung anzuknüpfen.

Mit KLARTEXT möchte ich Sie in Zukunft über die aktuelle Politik informieren.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Hartmut Koschyk MdB

## Maßnahmenpaket der Bundesregierung

# Pakt für Beschäftigung und Stabilität

Hartmut Koschyk: „Entschlossen in der Krise, stark für den nächsten Aufschwung!“

Nach der notwendigen Stabilisierung des Finanzsektors und dem ersten Impulsprogramm leistet die unionsgeführte Regierungskoalition jetzt einen umfassenden und schnell wirksamen Beitrag zur Abfederung der Rezessionswirkungen. Das Gesamtpaket hat ein Volumen von 50 Mrd. Euro.

## Herausforderung: Deutschland aus der Konjunkturkrise herausführen

Ein wesentlicher Baustein des Maßnahmenpakets ist die von der CSU vehement geforderte Rückführung der Steuern und Abgaben. Die Bürger werden in diesem und im nächsten Jahr um 18 Mrd. Euro entlastet. Von der Erhöhung des Grundfreibetrags, der Senkung des Eingangssteuersatzes und vom Einstieg in die Entschärfung des Tarifverlaufs profitieren vor allem die Bezieher geringer und mittlerer Einkommen. Die Senkung des Krankenkassenbeitrags auf das durchschnittliche Niveau vor dem Gesundheitsfonds entspricht vor allem Forderungen der Rentner. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 45.000 Euro wird damit um 479 Euro pro Jahr entlastet, ein Lediger mit 30.000 Euro um 269,- Euro. Dazu kommen noch die im Herbst letzten Jahres beschlossenen Entlastungen

durch die Erhöhung des Kindergelds, die Erhöhung des Kinderfreibetrags sowie durch die wieder in Kraft gesetzte Pendlerpauschale. Die verbesserte Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen und der Kinderbetreuung kommt ebenfalls vor allem den Familien zugute.

## Ziel: Arbeitsplätze sichern

Ein zweiter Schwerpunkt des Gesamtpakets ist mit 14 Mrd. Euro die Stärkung öffentlicher Investitionen. 2009 und 2010 werden davon den Ländern und vor allem den Kommunen 10 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Ein Investitionsschwerpunkt mit 6,5 Mrd. Euro sind Bildungseinrichtungen, also Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen. Einen zweiten Investitionsschwerpunkt mit 3,5 Mrd. Euro bildet die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur, also etwa die Bereiche Straßen, Krankenhäuser und Städtebau. Damit diese Investitionen auch schnell wirksam werden können, wird das Vergaberecht deutlich vereinfacht: Unter anderem für Bauleistungen werden die Schwellenwerte für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Auftragsvergaben erhöht.

## Ziel: Wachstumskräfte stärken, Zusammenhalt bewahren, Bürger stärken

Vielen im Grunde kerngesunden Unternehmen fehlt derzeit in Folge der Finanzkrise der Zugang zu notwendigen und vor allem günstigen Krediten. Der beschlossene Schutzschirm mit seinen Bürgschaften und Garantien ist eine elementare Überbrückungshilfe für existenziell bedrohte Unternehmen – vor allem im Mittelstand. Der Schutzschirm dient insbesondere der Sicherung von Arbeitsplätzen.

### Wer um welche Summe entlastet wird

Jahresbruttolohn/€	Entlastung im Jahr 2009			Entlastung im Jahr 2010		
	Abflächung des Steuertarifs	Gesetzl. Krankenversicherung	Insgesamt	Abflächung des Steuertarifs	Gesetzl. Krankenversicherung	Insgesamt
<b>Steuerklasse III/2 Kinder</b>						
25.000	-92,00	-37,50	-129,50	-152,00	-75,00	-227,00
35.000	-162,00	-52,50	-214,50	-262,00	-105,00	-367,00
50.000	-199,00	-66,15	-265,39	-327,00	-132,30	-459,26
65.000	-227,00	-66,15	-292,82	-377,00	-132,30	-509,79
90.000	-275,00	-66,15	-341,35	-464,00	-132,30	-596,41
<b>Steuerklasse I/IV ohne Kinder</b>						
25.000	-99,00	-37,50	-136,67	-162,00	-75,00	-237,47
35.000	-117,00	-52,50	-169,61	-196,00	-105,00	-301,23
50.000	-146,00	-66,15	-211,74	247,00	-132,30	379,17
65.000	-158,00	-66,15	-224,40	272,00	-132,30	-404,49
90.000	-158,00	-66,15	-224,40	272,00	-132,30	-404,49

Quelle: DW  
Angaben in Euro, ohne den einmaligen Kinderbonus von 100 Euro pro Kind

# Rosenthal AG

Gute Chancen für eine Nutzung der neuen Finanzierungsmöglichkeiten des Schutzschirms

Für den unter vorläufiger Insolvenzverwaltung stehenden Porzellanhersteller Rosenthal sollen sowohl staatliche Fördergelder als auch Mittel aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung bereitgestellt werden, um Arbeitsplätze, Produktion und Standorte zu retten. Aktuell bestehen gute Chancen, die neuen Finanzierungsmöglichkeiten des Schutzschirms der Bundesregierung zu nutzen. Damit soll auch ein Signal in Richtung potenzieller Investoren ausgesandt werden, sagte Hartmut Koschyk

nach einem Besuch des Werkes Thomas am Kulm in Speichersdorf (Landkreis Bayreuth). Entsprechende Kontakte zum Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer als auch zu Bundeswirtschaftsminister Michael Glos seien bereits geknüpft, um sämtliche bewährten Förderprogramme auszuschöpfen und auch das Konjunkturpaket in Anspruch nehmen zu können. Koschyk nannte Rosenthal den klassischen Fall für die Rettung eines Unternehmens, das unverschuldet in Not geraten sei, weil der irische



Vor dem Rosenthal-Werk Thomas am Kulm in Speichersdorf: CSU-Fraktionsvorsitzender Markus Seitz, CSU-Ortsvorsitzender Franc Dierl, Hartmut Koschyk MdB, Europakandidatin Monika Hohlmeier, 3. Bürgermeister Hans Schmidt, 1. Bürgermeister Manfred Porsch und Walter Nadler MdL.

## Horst Seehofer unterstützt die Region!

Der Bayerische Ministerpräsident reagiert auf Forderungen von Hartmut Koschyk

Die Wahl von Horst Seehofer zum Bayerischen Ministerpräsidenten hatte Hartmut Koschyk zum Anlass genommen, um ihm wichtige Anliegen der Region Bayreuth vorzutragen und um eine nachhaltige Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung zu bitten.

Dabei ging es insbesondere um die Schaffung eines Anwenderzentrums Polymere an der Universität Bayreuth, eine Entlastung der bestehenden B 303 und um eine nachhaltige Unterstützung der Gemeinde Warmensteinach beim Erwerb des Puchtlerschen Anwesens.

In seiner Antwort teilte Horst Seehofer mit, dass ihm die Vertiefung der Zusammenarbeit von Universität und Industrie aus wissenschafts- und wirtschaftspolitischer Sicht ein wichtiges Anliegen ist. Ausdrücklich betonte er daher in seinem Antwortschreiben: „Da keine fachlichen, sondern nur finanzielle Gründe für die Ablehnung der Förderung maßgeblich waren, bleibt das „Bayreuther Polymerinstitut“ auf der Tagesordnung.“ Aktuell wird geprüft,

ob durch das konjunkturelle Maßnahmenpaket der Bundesregierung, eine Förderung / Finanzierung des Bayreuther Polymerinstituts in Betracht kommt.

„Was die Entlastung der B 303 angeht, teilt der Bayerische Ministerpräsident meine Ansicht, die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsstudie abzuwarten.“ In Bezug auf den Erwerb des Puchtlerschen Anwesens durch die Gemeinde Warmensteinach betonte Horst Seehofer, dass sich der Freistaat Bayern seiner Verantwortung bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Aktivitäten bewusst ist und die Gemeinde weiterhin nach Kräften unterstützen wird. Die Bewilligungsstelle der Regierung von Oberfranken hat bereits in Absprache mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern der Gemeinde für den kommunalen Grunderwerb und die notwendigen städtebaulichen Planungen eine finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt. Ergänzend wird eine Bedarfszuweisung anhand eines entsprechenden Antrages im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs geprüft werden.

Mutterkonzern aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise in eine Schieflage geraten war. „Hier muss der Bürgerschaftsrahmen des Bundes greifen“, sagte Koschyk und kündigte an, dass das Geld nach dem Passieren aller parlamentarischen Hürden bereits im Februar zur Verfügung stehen soll. Hartmut Koschyk gab aber auch zu bedenken, dass es absolute Bedingung für eine Inanspruchnahme des Bürgerschaftsrahmens sei, dass sowohl der Standort als auch alle Arbeitsplätze erhalten werden.

Stichwort:

## Ost-West Verbindung im Fichtelgebirge

Staatsminister Herrmann hat jüngst zum Thema Ost-West-Verbindung durch das Fichtelgebirge Stellung genommen und zog dabei Folgerungen aus den ersten Ergebnissen der Umweltverträglichkeitsstudie. Gemeinsam mit Hartmut Koschyk hält es Staatsminister Herrmann für sinnvoll, den im weiteren Bedarf des Bedarfsplans enthaltenen zweibahnigen Bau der B 303 neu zwischen der A 93 und der A 9 nicht mehr weiterzuverfolgen. „Stattdessen soll die bestehende B 303 möglichst schnell in Abschnitten leistungsfähig, aber mit einem gegenüber dem Bedarfsplan reduzierten Querschnitt, anwohnerfreundlich und umweltgerecht ertüchtigt werden. Koschyk begrüßt die Ankündigung Hermanns, alle Entlastungen wie Ortsumgehungen, Abschirmungen oder vielleicht sogar Tunnel-Lösungen zu prüfen.

## Termine

18. Februar und 13. März  
Bürgersprechstunden in Pegnitz

19. Februar und 10. März  
Bürgersprechstunden in Bayreuth  
Anmeldungen unter:  
(09 21) 76 43 015 (Bürgerbüro)

25. Februar 2009, 19:30 Uhr  
Politischer Aschermittwoch auf dem Herzogkeller in Bayreuth  
Es spricht: Volker Kauder MdB,  
Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion

06.-08. April 2009,  
Ehrenhof, Bayreuth  
Besuch des Infomobils „Deutscher Bundestag“ in Bayreuth

### IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Oliver Junk  
Bürgerbüro Hartmut Koschyk  
Wölfelstr. 6  
95444 Bayreuth

E-Mail:  
Hartmut.Koschyk@wk.bundestag.de  
Tel.: 0921/76 43 00  
Fax: 0921/5 60 64 24

[www.koschyk.de](http://www.koschyk.de)